

Annoucen-Annahme-Bureau: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wittagstr. 19.) bei G. H. Ulrich & Co. Breitschtr. 14. in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei J. Streckand, in Breslau bei Emil Rabalt.

Posener Zeitung. Neunundsechzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. F. Danke & Co. - Gansslein & Bogler, - Rudolph Hoff. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Juwalendendank.“

Nr. 8.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1/2 Mark, für ganz Preußen 5/8 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 5. Januar (Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die schlagfertige Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Amittliches.

Berlin, 4. Januar. Der Kaiser und Könia hat den bissh. ständ. Hülfshilfsmittel beim Reichs-Eisenbahnamt, Reg. Rath Wiebe, zum Geh. Reg. Rath und vortrag. Rath bei dieser Behörde ernannt. Der König hat die bissh. Divisions-Auditeur, Justizräthe Dr. Jungl der 16. Division und Wilger der 1. Garde Inf.-Division, sowie den stellvertretenden Corps-Auditeur des III. Armeecorps, Justizrath Solms zu Dier- und Corps-Auditeuren ernannt; und dem Hausdeputations-Amtrentmeister Carl Emil Hermann Otto Wilger zu Rheinsberg den Charakter als Domänenrath verliehen. Dem Ober- und Corps-Auditeur Dr. Jungl ist die Corps-Auditeurstelle beim II. Armeecorps, dem Ober- und Corps-Auditeur Wilger die Corps-Auditeurstelle beim VIII. Armeecorps und dem Ober- und Corps-Auditeur Solms die bisher von ihm kommiss. verwaltete Corps-Auditeurstelle beim III. Armeecorps übertragen worden. Dr. Reg. Rath, Mitglied der I. Direction der Ober- und Eisenbahn-Direktion in Eibersfeld vertritt und mit den Funktionen des Vorsitzenden der I. Eisenbahn-Kommission (Bergisch-Märkische) in Kassel betraut worden. Die Reg. Ass. Joseph Busch und Andreas Sellweg, Mitglieder der I. Eisenbahn-Direktionen bzw. zu Eibersfeld und zu Frankfurt a. M., sind in gleicher Eigenschaft bzw. zur I. Direction der Ober- und Eisenbahn-Direktion in Saarbrücken vertritt, und ist ersterer mit den Funktionen des administrativen Mitgliedes der I. Eisenbahn-Kommission in Kassel betraut worden. Der Reg. Ass. Dr. jur. Horaz Schulz ist zum Mitgliede der I. Eisenbahn-Direktion in Eibersfeld ernannt worden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 4. Januar. Der unter der Bezeichnung Bülow I. bekannte älteste Rath des auswärtigen Amtes, Wirkl. Geh. Legationsrath von Bülow, hat, nachdem er im vorigen Jahre sein Jubiläum gefeiert, jetzt seinen Abschied erbeten und am 1. Januar erhalten, unter Verleihung des Sternes zum Rothen Adler-Orden II. Klasse. Es bleibt nunmehr außer dem Staatssekretär nur ein Rath dieses Namens im Ministerium, der bekannte Geh. Legationsrath Otto von Bülow, welcher, wie früher Aelken, den Kaiser als Vortragender über Auswärtige Angelegenheiten auf Reisen zu begleiten pflegt.

DRG. Der auf heute anberaumt gewesene Termin wider den Redakteur der „Deutschen Eisenbahnzeitung“, Joachim Gehlsen, ist mittelst Verfügung von gestern Abend ohne Angabe von Gründen aufgehoben. Wie es heißt, ist einer der Borgeladenen erkrankt.

DRG. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, beabsichtigt der gegenwärtige Landrath des dicht bei Berlin gelegenen Kreises Teltow, Prinz Handjery, aus der Verwaltungskarriere auszuscheiden, überhaupt den Staatsdienst aufzugeben. Prinz Handjery, nebenbei bemerkt ein vermögendes Mann, soll die Absicht haben, sich in höherem Maße mit der Politik zu befassen und seiner Thätigkeit als Abgeordneter (er vertritt den Wahlkreis Teltow-Beeckow-Storow im preuß. Abgeordnetenhaus) größere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der „Staatsan.“ schreibt: Die Lehrschiemiede Königsberg i. Pr. wird mit dem 1. Januar 1876 eröffnet. Von diesem Zeitpunkt ab sind bis auf Weiteres beibehalten: an der Lehrschiemiede Berlin: das Garde-Corps, VII., VIII. und X. Armeecorps, die 6. und 18. Division, sowie die Feldartillerie und der Train des III. und IX. Armeecorps; an der Lehrschiemiede Königsberg: das I., II. und V. Armeecorps, sowie die 17. Division; an der Lehrschiemiede Breslau: das IV., VI. und IX. Armeecorps, sowie die 5. Division, und an der Lehrschiemiede Göttingen: das XIV. und XV. Armeecorps.

Der diesmalige preussische Staatshaushaltsetat wird dem Vernehmen nach seinem Vorgänger namentlich in den ordentlichen Ausgaben ziemlich ähnlich erscheinen. Im Extraordinarium haben sich die einzelnen Verwaltungszweige von vornherein einige Beschränkungen auferlegt und sich an den unabwiesbaren Bedürfnissen genügen lassen. In dieser Beziehung soll dann aber auch eine weitere Verkleinerung vom Finanzminister nicht gefordert worden sein. Am Reichthum ist wiederum das Kultusministerium bedacht worden, welchem für Lehrzwecke mancherlei Zugeständnisse gemacht worden sind. Man glaubt demgemäß auch, daß die Etatsberatungen im Abgeordnetenhaus sich diesmal auch nicht so umfangreich gestalten werden, wie in den letzten Jahren.

In der bevorstehenden Landtagsession soll wie die „Bef. Ztg.“ schreibt dem Abgeordnetenhaus der Entwurf vorgelegt werden, welcher den Mitgliedern der Synagogen gemeinden gestattet, aus den letzteren auszutreten, ohne daß sie, wie sich dies seit dem Gesetze vom 14. Mai 1873 gestattet hat, deshalb Desidenten zu werden brauchen. Schon bei Beratung des letzterwähnten Gesetzes wollte das Haus der Abgeordneten aus eigener Bewegung hierüber Bestimmung treffen, kam aber davon ab, weil es sich ergab, daß eine solche Anordnung nicht nebenher zu erledigen wäre. Seit der Zeit hat das Haus der Abgeordneten wiederholt die Regierung zur Einbringung einer darüber sprechenden Gesetzentwurf aufzufordern, die in Wahrung der Gewissensfreiheit jedem Israeliten das Auscheiden aus der, zumal erst seit dem Gesetze von 1874 bestehenden, mit Zwangsvollstreckung der Beiträge ausgerüsteten Synagogengemeinde möglich macht. Der Minister des Innern hat, obwohl Denkschriften und Eingaben von allen Parteien innerhalb des Judenthums in Preußen massenhaft vorliegen, noch eine Sonderberatung auch darüber veranlaßt, wie die Auscheidenden sich gegenüber den von der konstituirten Gemeinde eingegangenen Verbindlichkeiten zu verhalten haben. Thatsache ist es übrigens, daß in Preußen von 1812 bis 1847 ein solcher Beitrags- und Parochialzwang den Israelitengemeinden meistens unbekannt war, diese sich vielmehr, da die Mitglieder freiwillig steuernd, nicht schlechter befanden und selbst kleine Gemeinden das Erforderliche zu ihrer Erhaltung selbst aufgebracht und beigetragen haben.

Von liberalen Abgeordneten wird die Frage ventilirt, ob es sich empfehlen würde, im Reichstage einen Antrag auf Herstellung der vollständigen Redefreiheit sämtlicher deutschen Einzel-Landtage, analog dem vom Bundesrathe abgelehnten Antrage der Abgeordneten Twesfen, Kasper u. Gen., einzubringen. Es dürfte deshalb von großem Interesse sein, Umschau zu halten, wie es in den einzelnen deutschen Staaten mit der parlamentarischen Redefreiheit bestellt ist. Die „Bef. Ztg.“ giebt folgende Uebersicht:

In Preußen können nach Artikel 84 der Verfassung die Mitglieder der Kammern für ihre in denselben ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf Grund der Geschäftsordnung zur Gleichsamkeit gezogen werden. Nach einem Erkenntnis des Obertribunals vom 29. Januar 1866 können jedoch in der Kammer ausgesprochene Verleumdungen strafrechtlich verfolgt werden. Bayern schließt sich ganz der preussischen Verfassung an. Nach der württembergischen Verfassung kann Niemand wegen seiner in der Ständesammlung gehaltenen Vorträge zur Verantwortung gezogen werden, jedoch sind Beleidigungen oder Verleumdungen der Regierung, der Stände-Versammlung oder einzelner Personen der Bestrafung nach den bestehenden Gesetzen unterworfen. In der Verfassung des Großherzogthums Hessen vom 17. Dezember 1820 heißt es: „Die Stände sind für den Inhalt ihrer freien Abhandlung nicht verantwortlich, dagegen schließt das Recht der freien Meinungsäußerung nicht gegen den Vorwurf der Verleumdung, welche Einzelne in dieser Abhandlung etwa machen sollten. Den Einzelnen bleibt in solchen Fällen das Klagerrecht, welches ihnen gegen Verleumdungen nach den Gesetzen zusteht.“ Im Königreich Sachsen haben sich nach Art. 3 der Verfassung die Mitglieder der Kammern bei ihren Diskussionen aller Persönlichkeiten, aller unständigen und berechtigenden Ausrufe zu enthalten, widrigenfalls sie der Präsident zur Ordnung verweisen und im Weigerungsfalle ihnen selbst die fernere Wortführung untersagen kann. Wenn die geäußerte Äußerung ein besonderes Verbrechen oder eine persönliche Beleidigung in sich begreift, so kann das strafliche Mitglied der Kammer deshalber noch vor seinem ordentlichen Richter belangt werden. Das Staatsgrundgesetz für Oldenburg vom 22. September 1852 enthält im Art. 31 ähnliche Bestimmungen. Die Landtags-Ordnung für Braunschweig vom 12. Oktober 1832 sagt: „Die Mitglieder der Landtschaft haben bei ihren Beratungen das Recht, ihre Meinung frei zu äußern und können wegen Verletzungen der Geschäftsordnung, welche weder ein besonderes Verbrechen, noch eine persönliche Beleidigung enthalten, nur von der Ständesammlung selbst zur Verantwortung gezogen werden.“ In Großherzogthum Sachsen ist jede Verunglimpfung der höchsten Person, des Landesfürsten, Beleidigungen der Regierung, des Landtags, oder Einzelner verboten und nach den Gesetzen strafbar. Sachsen-Meinungen hat die absolute Redefreiheit der Mitglieder der Volksvertretung im Staatsgrundgesetz für die Herzogthümer Coburg und Gotha heißt es: „Kein Abgeordneter darf wegen der in Ausübung seines Berufs gehaltenen Äußerungen außerhalb des Landtags zur Verantwortung gezogen werden. Wegen eines durch solche Äußerungen etwa begangenen Verbrechens oder Vergehens kann der Landtag seine Mißbilligung schriftlich aussprechen, auch den Fall auf Antrag der Beiliegenden zur strafrechtlichen Erledigung an das Gericht verweisen. In Anhalt und Mecklenburg darf nach dem Staatsgrundgesetz kein Abgeordneter wegen der bei Ausübung seines Berufs gehaltenen Äußerungen gerichtlich verfolgt werden, wenn nicht der Fall unter den Gesichtspunkt einer Injurie, Verleumdung oder eines in den Gesetzen mit Strafe bedrohten Vergehens fällt. Im Verfassungsgrundgesetz für Schwarzburg-Sonderhausen vom 12. Dezember 1849 und in der Verfassung für Waldeck vom 17. August 1852 finden sich ähnliche Bestimmungen. Die Bestimmungen der übrigen Bundesstaaten enthalten überhaupt derartige Vorschriften nicht.

Aus Anlaß der in den letzten Jahren am Seestrande durch den Sturm angerichteten großen Verwüstungen scheint die preussische Staatsregierung jetzt der allgemein anerkannten Nothwendigkeit eines wirksamen Schutzes gegen das Meer Rechnung tragen zu wollen. Wie die „Bef. Ztg.“ hört, befindet sich wenigstens ein in den Motiven zum Walschlaggesetzentwurf angefündigtes Gesetz über das Dünenwesen zum Schutze der Osee- und Nordseeflächen in den Stadien der Vorarbeit. Sachkenner fordern mit Recht, daß die Regierung nicht allein die ausschließliche Verwaltung der Sandbänke, Wellen und Dünen in die Hand nehme, sondern auch strengere Maßregeln zum Schutze derselben treffe. Eine allgemeine planmäßige Inangriffnahme der Dünen-Regulierung würde zwar viele Mittel erfordern, aber von unberechenbarem, von Jahr zu Jahr sich steigendem Vortheil sein. In dieser Beziehung ist bisher wenig oder garnichts geschehen. Der vorjährige preuß. Staatshaushaltsetat hat nur unbedeutende Summen für das Dünenwesen und zur Herstellung von Steindeichen an der Insel Nordstrand, sowie für Saugbauten an der Insel Sylt aufzuweisen. Will man verhindern, daß ganze Landschaften und Gebäude weggeschwemmt werden, so muß man darauf bedacht sein, die vorhandenen Dünen nach Kräften zu schützen und zu erhalten, und zwar durch strengstes Verbot der muthwilligen Berührung derselben, durch Verbindung der getrennten Dünen, durch Dossirung und das sogenannte Dämpfen derselben. Wenn auch die erste und hauptsächlichste Bestimmung der Dünen die ist, als Bollwerk gegen die Gewalt der Wogen zu dienen, so sind doch ihre ausgedehnten Flächen auch für die Agrikultur zu verwerthen. Wie die Erfolge auf den Inseln Romb, Janz und Amrum zeigen, ist die gedämpfte, mit Humus bedeckte Düne sehr kulturfähig.

Wie haben erst kürzlich eine am 16. v. M. ergangene Verfügung der kgl. Regierung von Schleswig zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung mitgetheilt, worin den Standesbeamten Weisungen ertheilt werden, welche sich mit dem Sinne und Geiste des Gesetzes nicht vertragen, indem sie die bürgerlichen Beamten zu Helfern der Kirche machen. Diese Weisung scheint jedoch nicht vereinzelt zu sein, vielmehr auf einer höheren Eingebung zu beruhen, da nunmehr auch ein an die Standesbeamten gerichteter, vom 15. v. M. datirter Zirkularerlaß des Oberpräsidenten von Schlesien vorliegt, worin es heißt:

Wenn der § 82 (des Reichsgesetzes) schließlich ausdrücklich die Bestimmung enthält, daß die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf Taufe und Trauung durch dieses Gesetz nicht berührt werden, so soll dieselbe eine Richtschnur für das Verhalten der Standesbeamten bilden, indem sie den Mißdeutungen entgegentritt, als beabsichtige die Staatsregierung mit diesem Gesetze eine Entzweiung gegen die Kirche herbeizuführen und insb. besondere die Verpflichtung zur Taufe und kirchlichen Trauung zu alteriren.

Die Standesbeamten auch in den Landbezirken sollen von den Kreisaußschüssen hiernach mit „entsprechender weiterer Anweisung“ versehen werden. Der Reichstag wird nun die Sache doch zur Erörterung bringen müssen. Bei der in Rede stehenden, lediglich für preussische Behörden bestimmten Anordnung ist übersehen, daß das preussische Gesetz vom 9. März 1874 den Taufzwang aufgehoben und das Reichsgesetz ihn nicht wieder eingeführt hat.

DRG. Wie wir hören, werden die von dem kürzlich verstorbenen Landtagsrath Dr. Robertus nachgelassenen Schriften in nicht zu fernem Zeit veröffentlicht werden. Unter denselben ist namentlich bemerkenswerth eine Arbeit, welche als Seitenstück zu der Marz'schen Schrift „Ueber das Kapital“ angesehen werden kann. Außerdem befinden sich in dem literarischen Nachlaß des Dr. Robertus noch eine Anzahl philologischer Schriften, auf welchem Gebiete der Verstorbenen bekanntlich eine hervorragende Stellung einnahm.

Eine Kabinetts-Ordre vom 14. Dezember 1875 bestimmt, daß das Seeoffizier-Corps in seiner etatsmäßigen Gesamtzahl in den Admiraltab, das Seeoffizier-Corps und den Marinestab getheilt werde. Der Admiraltab soll in der Regel bestehen aus 3 Kapitains zur See, 9 Korvetten-Kapitains und 8 Kapitain-Lieutenants; der Marinestab aus 2 Kapitains zur See, 7 Korvetten-Kapitains, 10 Kapitain-Lieutenants und 4 Lieutenants zur See. Die anderen hiernach verbleibenden Seeoffiziere der Zahl des Etats bilden das Seeoffizier-Corps. Der Admiraltab soll diejenigen Offiziere enthalten, welche durch hervorragende Bildung und Leistungen sich ausgezeichnet haben und welche in denjenigen Stellen Verwendung finden, in denen für die Organisation der Marine, die Ausbildung der Streitkräfte und die Verwendung derselben vornehmlich gewirkt wird. Die Offiziere des Seeoffizier-Corps sollen in dem praktischen Dienste ihre Verwendung finden und die des Marinestabes in Folge besonderer technischer Begabung den vielseitigen Spezialitäten des Marinebetriebes dauernd widmen werden. Das Abanement soll in den genannten drei Theilen des Seeoffizier-Corps unabhängig von einander geschehen und nach den bestehenden Bestimmungen über die in den Chargen zu erlangende Seefahrtszeit für die Offiziere des Admiraltabes und des Seeoffizier-Corps erfolgen, während bei den Offizieren des Marinestabes das Abanement unter Abhebung von der Seefahrtszeit von besonderer Befähigung und hervorragenden Leistungen in der Spezialität abhängig zu machen ist. Die Niederlegung der Offiziere des Marinestabes in das Seeoffizier-Corps ist jedoch nur dann zulässig, wenn die Seefahrts-Bedingungen für die einzelnen Chargen erfüllt sind. Als Uniform-Abzeichen für die Offiziere des Admiraltabes ist eine in Gold gestickte Krone, für die Offiziere des Marinestabes eine goldene Koflette an Stelle des Sternes der Seeoffiziere anzuordnen. Der Chef der Admiraltab hat dem Kaiser alle diejenigen Offiziere zur Verfertigung in den Admiraltab bis zum Kapitain-Lieutenant abwärts und in den Marinestab bis zum Lieutenant zur See abwärts in Vorschlag zu bringen, welche er als dazu geeignet bezeichnen kann.

Nach den amtlichen Mittheilungen des „Justizministerialblattes“ sind im Jahre 1875 im Umfange der Monarchie mit Ausschluß der Bezirke des Appellationsgerichts Hofes zu Wien, des Appellationsgerichts zu Gelle und der Stadt Frankfurt a. Main 187 Referendarien zu Assessoren ernannt worden. Dagegen wurden 195 Assessoren in der Justizverwaltung angestellt und 29 traten zu anderen Lebensstellungen über. Mitbin überstieg der Verbrauch der Gerichtsassessoren den Zugang um 37. — An etatsmäßigen Richterstellen bei den Gerichten erster Instanz (Kreisrichter, Kreisgerichtsräthe, Stadtrichter, Stadtgerichtsräthe, Amtsrichter und Oberamtsrichter) führt das „Jahrbuch für preussische Gerichtsverfassung pro 1874“ (ein neueres ist noch nicht erschienen) 2889 auf. Von denselben wurde die verhältnismäßig sehr geringe Zahl von 55 befreit, wobei selbstredend die Ernennungen zu Kreis- und Stadtgerichtsräthen und zu Oberamtsrichtern nicht mitg. zählt sind. 45 Richter erster Instanz starben im Laufe des Jahres 1875, 41 wurden pensionirt und 42 traten zu anderen Lebensstellungen über. An Direktoren waren bei den Gerichten erster Instanz 258 vorhanden. Von denselben sind 2 befreit worden (die Ernennungen von Direktoren zu Appellationsgerichtsräthen sind nicht mitg. gezählt worden, weil sie eine Rang- und Gehaltserhöhung nicht bedingen), 5 starben und 5 sind pensionirt worden. — An etatsmäßigen Richterstellen waren bei den Gerichten zweiter Instanz mit Ausschluß der Präsidenten und Appellationsgerichtsdirektoren 309 vorhanden. Von den Richtern zweiter Instanz wurden 6 befreit (zu Obergerichtsräthen oder Präsidenten), 12 starben, 9 wurden pensionirt und 2 traten zu anderen Lebensstellungen über. — Staatsanwälte waren 192 vorhanden. Von denselben wurden 4 befreit (zu Oberstaatsanwälten, Appellationsgerichtsräthen oder Direktoren), 3 starben, 1 wurde pensionirt und 4 traten zu anderen Fächern über. — Zu Rechtsanwältinnen wurden nur 16 Justizbeamte ernannt, während die Gesamtzahl der Rechtsanwältinnen sich um 73 verminderte, so daß der Abgang den Zugang um 57 überstieg. 9 Rechtsanwältinnenstellen sind gänzlich eingezogen worden.

Der „Staats-Anz.“ Nr. 2 publizirt das Privilegium wegen Kreisung einer dritten Emission auf jeden Inhaber lauterer Stadtobligationen für die Stadt Spanbau, Regierungsbezirk Potsdam, zum Betrage von 750,000 Reichsmark. Vom 8. Dezember 1875.

Als Westpreußen, 31. Dezember. Dem sechsen erschienenen Directorium divini officii zufolge zählt die Diözese Kulin in 26 Dekanaten 243 Pfarren und hat einen ziemlich ausreichenden Seelsorge-Kern, indem an den meisten Landpfarrkirchen 2, an den Stadtpfarrkirchen 3 bis 4 Geistliche angestellt sind. Der Bischof der Diözese ist 1795 geboren, seit 1830 Priester und 1857 Bischof. Der Weihbischof und Dompropst von Kulin, Zschke, ist seit 1832 Priester und seit 1856 Weihbischof von Kulin. Das Domkapitel Kulin besteht aus 1 Prälaten, 9 wirklichen und 4 Ehrenmitgliedern. Die Zahl der Diözesangeistlichen beträgt 410. „Gesperete“ Geistliche haben wir 32. Im Diözesan-Klerikal-Seminar zu Belpin befinden sich in 4 Kurien 22 Alumen. Gestorben sind im Laufe des Jahres 14 Priester. Die Seelenzahl der B. St. St. Angehörigen beträgt 564,239. Warmbergische Schwermere zählt die Diözese 101. (Erm. Ztg.)

Wien, 2. Januar. Von der sozialistischen Arbeiterpartei und dem Stand der Arbeiterbewegung in

Oesterreich giebt die hiesige „Polit. Korrespondenz“ folgenden Bild:

Nicht überflüssig dürfte es sein, die Bemerkung voranzuschicken, daß die Zerfahrenheit in dieser Partei eigentlich gar nicht mehr gehattet, von derselben als einer Partei zu sprechen, mit welcher zu rechnen wäre. Inoffiziell hat sie fast zu existieren aufgehört. Der erste Stoß, den die Organisation der Arbeiterpartei in Wien erlitten, datirt von dem Zeitpunkte der Eüstirung der vor mehreren Jahren hier sehr en vogue gewesenen Distanzartikel der „Arbeiterkolonnen“. Seit dem Zerfall der vielfach in ihrer Bedeutung übertriebenen und überschätzten „Internationalen“ ist der ganze, ohnehin schon früher auf schwachen Füßen gestandene Bau der österreichischen Arbeiterpartei-Organisation vollends morsch geworden. Der maßvolle Ehrgeiz einiger Führer dieser Partei, sowie die Macht einzelner derselben, auf Kosten der großen, um beschränkten Tagelohn sich abmühenden Masse, eine wohlfeile und bequeme Existenz zu finden, hat vor ungefähr zwei Jahren zu einer Spaltung geführt. Ein Theil der Dissidenten, zwar noch dem sozialistischen Prinzipie huldigend, nannte sich die „gewässigte“ Partei. Sie betrat den Petitionsweg und erwartete von der Regierung Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Lage. Der andere Theil, sich als „radikale“, unter der Führerschaft des Hippolyt Tauschinsky seit dem neudürftigen Kontraste gerierend, verhorreterte bis vor wenigen Wochen jede parteiliche staatliche Hilfe und verlangte nichts weniger als die strikte Durchführung des eisenharten Programms. Nach dem Inzidenzfalle mit der Hohenwart'schen Briefaffäre bei dem grazer Hochverrathsprozesse hat die Partei eine neue Spaltung erfahren. Eine Fraktion der wiener Genossen hat in vertraulicher Sitzung den Beschluß gefaßt, das Vorgehen des Tauschinsky und seiner Genossen in dem Parteiorgan „Gleichheit“ als Verbrechen zu stempeln und ihren unverzüglichen Ausschluß aus der Partei zu verfügen. Eine zweite Fraktion hingegen — die Wiener Neuschäfer und mit ihr das Redaktions-Komitee des Blattes „Gleichheit“, sprach sich vorläufig für eine gemäßigtere Erklärung aus und beabsichtigte äusserste Schritte erst nach erfolgter Freilassung und persönlicher Revidierung der jetzt in Haft befindlichen Angehuligten einzuleiten. Diese Fraktion ist auch mit ihrer diesbezüglichen Ansicht durchgerungen. Selbst aber auch diese gemäßigtere Erklärung veranlaßte wahrhafte Stürme in den Vereinen in den Provinzen. Die Arbeitervereine in Steiermark, Mähren und Schlesien — Anhänger Tauschinsky's — erklärten in Zuschriften an die Parteileitung ihren eventuellen Austritt, falls gegen die „Grazer“ überhaupt vorgegangen würde. Zum Zwecke einer Vermittlung fanden sich vor wenigen Tagen die Vorsitzenden der einzelnen hiesigen Gewerkschaften zu einer privaten Beratung zusammen welche jedoch ein ganz negatives Resultat lieferte. Individuen, welche die Führerschaft stritten, warfen sich Invektiven an den Kopf, beschuldigten sich gegenseitig des Betrugs und gelangten schließlich zu einer allseitigen und gegenseitigen Vertrauensflüchtigung. Das Redaktions-Komitee drohte, die Herausgabe des Blattes „Gleichheit“ einzustellen und, nachdem die Mißthelligkeiten bis zu handgreiflichen Ausschreitungen sich steigerten, kündigten mehrere Gewerkschaften ihren Austritt aus der Partei an.

Wien, 1. Januar. Der fast „zu Tode gehönte“ Schmerling-Artikel der „Provinz-Korresp.“ läßt die Presse immer noch nicht zur Ruhe kommen. Die hiesige „Deutsche Bz.“ schreibt:

Die „Provinz-Korr.“ ist der üblen Sitte gefolgt, eine große Ungeschicklichkeit durch eine noch größere Weltmacht zu wollen: sie sucht ihre unangenehme Anarisse gegen Schmerling durch Ausfälle gegen die österreichische Presse zu entschuldigen. Die einmütige Zurückweisung, welche ihrer anmaßlichen Einmischung durch die gesamte unabhängige österreichische Presse zu Theil geworden ist, soll, nach ihrer Behauptung, ein Nachhall der virtuellen Beeinflussung sein, welche Schmerling auf die Journalistik geübt habe. Nun ist wohl Jedermann, mit Ausnahme der „Prov.-Korr.“, bekannt, wie tief unwürdig die wiener Presse unter dem Ministerium Schmerling behandelt worden ist; außerdem hat der einmütige Verfassungsminder beim „Konkordia“-Bankett selbst dargelegt, daß ihm die Presse das Schicksal des heiligen Sebastian zugebracht hatte, und die meisten jetzt bestehenden wiener Blätter sind erst nach Schmerling's Nücktritt entstanden. Angesichts des Beweises der Unwissenheit über österreichische Presseverhältnisse darf man wohl die „umfassenden Informationen“, auf welche die „Prov.-Korr.“ hinweist, in das Gebiet der offiziellen Lügen verweisen; sie sind Erfindungen, gemacht, damit ihr Autor, der nichts Interessanteres zu melden weiß, doch sein Brot nicht ganz umsonst verdienen und sich einen Ansehen von Wichtigkeit gebe.

Anders klingt, was das „D. Tagbl.“ aus kompetentester Quelle erfahren haben will, daß der vielbesprochene Artikel direkt vom Grafen Andrássy inspirirt worden sei. Das genannte Blatt schreibt:

Wie man sich in Kreisen, die mit der hiesigen österreichischen Botenschaft Fühlung haben, erzählt, hat der Kaiser Franz Josef, nachdem er den von Herrn v. Schmerling beim Festessen in der Concordia ausgebrachten Toast gelesen, seiner nächsten Umgebung gegenüber geäußert, daß Herr v. Schmerling diesen Trinkpruch wohl hätte unterlassen können. Es ist auch kein bloßer Zufall, daß die österreichischen Minister Linger und Galer, die mit einer Einladung zur Concordia beehrt worden waren, dem Komitee einen Abgabebrief mit der Entschuldigung geschrieben hatten, daß sie am Abend des Banketts einem wichtigen Ministerialrathe beizuwohnen hätten. Der österreichische Justiz- und Spreminister wußten, daß sie dort mit Herrn v. Schmerling zusammentreffen würden, und um jedem unliebsamen Zusammenstoß aus dem Wege zu gehen, wogen sie es lieber vor, dabei zu bleiben. Auch die österreichischen Journale scheinen jetzt die Nachricht, daß der Artikel der „Provinzial-Korrespondenz“ durch den Grafen Andrássy beeinflusst sei, vollauf zu beschäftigen.

Lemberg, 1. Januar. Dem lemberger unirten Erzbischof Sembratowicz soll dem Vernehmen nach der Kardinalpurpur „aus Anlaß seines Verhaltens zu Theil werden, das er bei Gelegenheit des Uebertritts der Unirten zur griechischen Kirche an den Tag legte. Die unirten Geistlichen und Alumnus der hiesigen Diözese hatten aus demselben Grunde eine loyale Adresse an den Papst gerichtet. Die Initiative dazu wird dem Erzbischofe zugeschrieben.

Paris, 2. Januar. Die von der „Times“ an die französische Regierung gerichtete Aufforderung, ihre Ansicht in der orientalischen Frage nachdrücklich kundzugeben und sobald wieder zu einer eigenen selbstbewußten auswärtigen Politik zu gelangen, macht hier zwar sehr großes Aufsehen, findet aber in politischen Kreisen ein schwaches Echo. Die öffentliche Meinung in Frankreich ist der „Times“ für die kundgegebenen Gesinnungen dankbar, glaubt aber, daß Enthaltung und vollständige Reserve noch durch viele Jahre die politische Richtschnur Frankreichs bilden müssen. Die Ereignisse im Orient dürfen weniger als alles Andere die Sammlungen Frankreichs unterbrechen. Im Anschluß an diese Ansicht maßgebender Kreise sagen auch die „Debats“, daß es eine große Illusion Englands wäre, wenn es dächte, daß Frankreich mit demselben gemeinsame Sache machen und Partei gegen die drei Kaiserreiche ergreifen würde. Wenn Frankreich anfängt, seine Kräfte wieder zu fühlen, um eine auswärtige Politik zu haben, so ist das erste Gesetz dieser Politik: absolute Reserve in Bezug auf Angelegenheiten Anderer und ausschließliches Bekümmern um seine Interessen. Man hat ihm in dieser Beziehung ein Beispiel gegeben, von welchem es hoffentlich Nutzen zu ziehen wissen wird. — In dem vollständigen Verzicht der Prinzen von Orleans auf jede weitere Betheiligung an dem parlamentarischen Leben Frankreichs erblickt man in den politischen Kreisen vielfach den ersten Schritt zur Auflösung einer selbständigen, ein

eigenes Programm vertretenden orleanistischen Partei. Ein Theil derselben, so sagt man, wird der royalistischen Fahne treu bleiben und zur gemäßig-legalistischen Rechte übergehen, der andere wird sich den konservativen Republikanern anschließen; die hervorragendsten Führer des rechten Zentrums aber dürften das Beispiel der Prinzen befolgen und sich zunächst, d. h. bis zum Wiedereintritt einer günstigeren Konjunktur, ganz vom politischen Schauplatz zurückziehen. Ob diese Vermuthungen sich durchweg bestätigen werden, erscheint allerdings fraglich, dagegen scheint es zweifellos, daß man selbst in gut orleanistischen Kreisen das Spiel zunächst für ansichtslos hält und, im Vertrauen auf die Zukunft, den Dingen ihren Lauf lassen will. — Eine Anzahl von Generalräthen, Matres und Fabrikanten des Vogesen-Departements haben eine Erklärung veröffentlicht, in welcher sie den Minister Buffet und die Generalräthe Grandjean und Mongot als Senatskandidaten des Departements aufstellen. Es heißt in dieser Erklärung: Die Unterzeichneten betrachten die genannten Herren wegen ihrer konservativen und wahrhaft liberalen Gesinnungen und wegen ihrer geleisteten beträchtlichen Dienste des höchsten öffentlichen Vertrauens werth. Mit solcher Wahl sind die Unterzeichneten, sicher, das patriotische Ziel zu erreichen, welches sie erstreben: eine feste und loyale Stütze für den Marschall-Präsidenten der Republik und die aufrichtige Ausübung der Verfassung. Nach dem „Soleil“ hätte Buffet die Kandidatur angenommen. — Die „Liberte“ versichert, daß der amerikanische Gesandte habe an Herrn Decazes, nachdem er ihm eine Note in Bezug auf Kuba vorgelesen, erklärt, nach seinen Instruktionen haben die Vereinigten Staaten nicht die mindeste Absicht, die Antillen zu annektiren und glauben sich auch nicht berechtigt, von Spanien eine autonome Regierung für Kuba zu verlangen, so sehr sie auch eine solche Konzeption wünschen.

Paris, 2. Januar. Das schönste Neujahrsgeschenk, meint ein pariser Blatt, ist die Auflösung der Nationalversammlung. Aber diese ist nur dann etwas werth, wenn sie zu besseren politischen Verhältnissen führt, und dazu ist noch wenig Aussicht, auch wenn die Nation eine republikanische Majorität nach Versailles schickte. Würde Mac Mahon der Verfassung dann endlich die Ehre geben, die ihr gebührt? Im anderen Falle brach ein bedenkliches Konfliktjahr an, an dessen unvorherzusehende Verwickelungen jetzt zwar noch die Wenigsten denken. Der Episkopat und der Jesuitenorden will herrschen und ist darum zu Allem fähig, was das Heil der Kirche fördern kann. — Am Vorabend vor den allgemeinen Wahlen hat die „Lntericht“frage eine besondere Wichtigkeit, und es gehen Dinge vor, die ans Tageslicht zu ziehen Pflicht der Presse ist, wie „Bien Public“ heute äußert. „Wie es sich jetzt herausstellt“, fährt „Bien Public“ fort, „scheinen die „freien“ Universitäten ganz und gar den Händen des Jesuitenordens überliefert, um nicht zu sagen, die Waffe der Jesuiten werden zu sollen. Die pariser Universität begnügt sich nicht damit, eine Rechtsfakultät und eine philologische Fakultät zu besitzen; sie eröffnet morgen eine Fakultät der Wissenschaften. Auch die Fakultät von Poitiers wird den Jesuiten anvertraut; zwei Professoren derselben sind Deutsche und fünf andere Italiener. Die honorer Universität nimmt ab seit dem Tode von Mgr. Genoulac. Man giebt sich alle erdenkliche Mühe, damit er die bedeutende Diözese von Lyon einem Bischof anvertraue, welcher den Bruder des Herzogs von Broglie zu seinem Generalvikar nehmen würde. Die Brüder von Saint Victor wollen in Eignan-court, nicht weit von der Kirche des heiligen Herzogs auf Montmartre, eine unentgeltliche Elementarschule errichten. Andererseits fordert man die Gläubigen auf, die Subskription für die allgemeine katholische Buchhandlung zu ergänzen.“ „Bien Public“ schließt aus allem dem, daß die Trennung der Kirche vom Staat einer der Hauptpunkte des Programms der republikanischen Kandidaten werden müsse.

Die „Semaine financiere“ schreibt: Fast in allen französischen und auswärtigen Blättern ist davon zu lesen, daß der Khebidive mit Herrn v. Lesseps als Vertreter der Suezgesellschaft über eine Operation unterhandelt, vermöge deren der Egypten noch zusehende Antheil von 15 pCt. am Gewinn des Unternehmens an die genannte Gesellschaft übergeben soll. Diese Abtretung soll den Charakter eines Verkaufs auf Option haben und der Preis soll 50 Millionen betragen. Wie in dem Geschäft mit den Suezaktien, würde der abtretende Theil dem Ersterer eine Vergütung leisten. Ueber den Charakter der Operation sind die englischen Blätter mit den unfrigen nicht einig. Die „Times“ sagte gestern, es handle sich um ein einfaches Darlehen von 50 Millionen gegen 9 pCt. Zinsen, für welche jener Gewinnantheil von 15 pCt. als Bürgschaft dienen sollte. Bis jetzt ist unseres Wissens kein Vertrag zwischen dem Khebidive und der Gesellschaft abgeschlossen worden. Bei näherer Betrachtung kann man auch leicht erkennen, daß die Nachricht, wenigstens in der vorliegenden Form nicht eben wahrscheinlich ist. Der Gewinnantheil von 15 pCt., um welchen es sich handelt, entspricht 1500 Grundertheilen, deren jeder bekanntlich jetzt 14.000 Fr. werth ist, so daß die 1500 Antheile einen Werth von 21 Millionen hätten. Es scheint kaum glaublich, daß die Gesellschaft sich bereit finden sollte, statt 21 Millionen 50 Millionen zu bezahlen. Damit sich ein solcher Vorstoß nur mit 6 pCt. verzinsen sollte, müßten die Einnahmen des Kanals um 20 Millionen steigen und den Betrag von 50 Millionen erreichen. Wenn also wirklich eine so hohe Summe in Frage kommen soll, muß es sich noch um etwas Anderes handeln. Die englische Lesart ist noch unwahrscheinlicher, wie die „Times“ selbst ins Licht stellt, indem sie sagt: „Die Operation, über welche Herr v. Lesseps unterhandelt, würde der englischen Regierung für den Fall, daß sie ihre Eigenthumsrechte an den Kanal vernehen wollte, gestatten, die Rechte des Khebidive zurückzukaufen; wahrscheinlich hat auch das Geschäft nur deshalb diese Form angenommen, weil man hofft, daß England so verfahren werde.“ Danach sollte also die Suezgesellschaft 50 Millionen opfern, um England in die Hände zu arbeiten. Muthet die „Times“ der Leichtgläubigkeit ihrer Leser nicht zuviel zu?

London, 31. Dezember. Dem pariser Korrespondenten des „Daily Telegraph“ ist es gelungen, Herrn Thiers einer Interview zu unterziehen und über verschiedene Gegenstände seine Ansicht zu erfahren. Herr Thiers findet es zwar natürlich, wenn sich die Franzosen durch den Ankauf der Suezkanalaktien seitens der englischen Regierung etwas gekränkt fühlen, einen Widerstand gegen das Geschäft aber würde er für ebenso absurd halten, als wenn man englischen Kapitalisten verhindern wollte, französische Eisenbahnaktien zu kaufen. Thiers theilte dem Korrespondenten auch mit, wie er sich bei den kommenden Wahlen zu verhalten gedente, und benutzte die Gelegenheit, um wieder sein Vertrauen auf die konservative Republik auszusprechen. — Einem On dit zufolge hatte Mr. Disraeli dem Baron Lionel von Rothschild die Pairswürde verleihen wollen. Sie wurde dem Millionär auch angeboten, aber die daran geknüpfte Bedingung, daß er aus dem Geschäft seines Hauses treten sollte, bewog ihn, die ihm zugebacht hohe Ehre abzulehnen.

Petersburg, 1. Januar. Am 31. (russisch: 19) Dezember sind

grade 50 Jahre verflossen seit der Kaiser zum Chef seines Pawlowschen Garderegiments ernannt wurde. Ueber die Ernennung sowie über die späteren Beziehungen des Kaisers zu diesem Regiment bringt der „R. Z.“ heute u. A. folgende, der Geschichte des Regiments entnommene Mittheilungen.

Vor einem halben Säkulum, am 19. Dezember 1825, als der Kaiser geladent Oberst Arbusow dasselbe kommandirte, hatte das Pawlowsche Regiment die Wache im Winterpalais. An diesem denkwürdigen und vom Regiment stets hochgeehrten Tage rief der in Gott ruhende Kaiser Nikolai Pawlowitsch am Abend des Großfürsten Thronfolger, jetzt regierenden Kaiser Alexander Nikolajewitsch, in sein Kabinett und eröffnete denselben, daß er ihn zum Chef des Pawlowschen Garderegiments ernenne. Gleichzeitig befahl der Kaiser dem Grafen Ostermann Tolstoj, Seine Sobeit zur inneren Wache zu geleiten und das Regiment zu der Ernennung zu beglückwünschen.

Ein halbes Jahr später stand der Großfürst Thronfolger zum ersten Mal in der Fronte des Regiments. Am 8. Juli 1826 nahmen das 2. und 3. Bataillon des Pawlowschen Regiments an den Manövern bei Krasnoj-Selo Theil. Als Kaiser Nikolai bei den Manövern eintraf, stellte er den siebenjährigen Chef bei der 2. Grenadierkompagnie in der Fronte des zum Karze formirten 2. Bataillons und blieb der leziere während des ganzen Manövers in der Fronte. Am 17. April 1834 erreichte der Großfürst Thronfolger das Alter von 16 Jahren und am 22. April wurde seine Volljährigkeit gefeiert. Bei dieser Gelegenheit leistete Seine Kaiserliche Sobeit als Erbe des Thrones den Eid in der Kirche des Winterpalais und darauf im Georgsaal den Diensteid. Der erste Zug der Kompagnie Seiner Sobeit vom Pawlowschen Garderegiment nahm an der Parade Theil und die Fahnen des Regiments waren im Verein mit den Fahnen und Standarten der übrigen Regimenter an den Stufen des Thrones aufgestellt. Am 17. April 1841, dem Tage der feierlichen Vermählung des Großfürsten Thronfolgers, gab das Pawlowsche Garderegiment in der Stärke einer ganzen Kompagnie die Wache. Am 26. August 1856, dem Krönungstage Seiner Majestät, bildete die ganze Kompagnie Sr. Majestät die Hauptwache und außerdem nahmen je ein Unteroffizier und zwei Gemeine von jeder Kompagnie, zu einem besonderen Zug formirt, an der Krönungszeremonie Theil. Gegenwärtig zählen von Mitgliedern der kaiserlichen Familie zum Pawlowschen Garderegiment der Großfürst Thronfolger als zweiter Chef desselben, der Großfürst Paul Alexandrowitsch und der erstgeborne Sohn des Großfürsten Thronfolgers Großfürst Nikolai Alexandrowitsch.

Der nach Montenegro bestimmte Sanitäts-Train ist am 2. Dezember Abends wohlbekommen in Wien angekommen. Die Weiterreise nach Triest sollte Donnerstag den 30. erfolgen.

Petersburg, 1. Januar. Die angekehrte Trockenlegung der vielen Sümpfe im Kreise St. Petersburg ist trotz des geringen Erfolges der Gegend zweifellos auszuführen, da überall verwendbare Flüsse und Bäche in der Nähe der Sümpfe vorbeistießen. Die Entwässerungsarbeiten müssen nicht unmittelbar ins Meer geleitet werden, so besonders im Lachswischen Sumpf, obgleich derselbe dem Meere bei 300 Faden nahe kommt. Die Abwässerungen des Bodens haben die Nothwendigkeit ergeben, die Entwässerung nach Süden zu, also in die Tschernoja Ketscha und mittelst derselben in die Nema zu leiten, wo der natürlichen Neigung des Sumpfes zu folgen. Die Arbeit wird darin bestehen, die Tschernoja auszureinigen und das Wasser der Seen die Verumpfung bewirken und höher liegen als der Boden des Sümpfes, in dieselbe abzuleiten. Außerdem wäre gelegentlich leicht ein Bewässerungssystem anzulegen, das in dieser Gegend gerade von besonderem Nutzen für Gemüse und Gartenbau sein würde. Der Sumpf selbst müßte unter Moorkultur zu legen. So würde sich der Lachswische Moormoor in Ackerland und Heuschlag verwandeln. — Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung des Ministerkabinetts, in welcher, wie schon gemeldet, die südliche Richtung der sibirischen Bahn definitiv festgelegt wurde, läßt die „Pet. Bz.“ noch, daß als erster Redner der Minister der Kommunikation, Admiral Boshet, für die nördliche Linie der Bahn eintrat; er blieb jedoch der einzige Verteidiger derselben, denn die folgenden Redner, der Reichscontroller Abasa, die Minister Balzjew, Keutern und M. Ljutin traten mit voller Entschiedenheit für die südliche Linie in die Schranken, welche auch schon im Mai d. A. durch die Genehmigung erhalten haben würde, hätte nicht zu dieser Zeit Admiral Boshet in einem besonderen Pro memoria die nördliche Linie neben der jetzt beschlossenen in Vorschlag gebracht.

Warschau, 1. Januar. Unsere letzte Mittheilung über die Stromregulirung der Weichsel und die Schiffbarmachung der Wasserstraßen können wir jetzt durch die Nachricht ergänzen, daß auch unsere Landstraßen und Chaußeen, die sich in einem sehr elenden Zustande befinden, einer gründlichen Besserung unterzogen werden sollen. Das Ministerium des Verkehrs hat eine Kommission ernannt, die sich dem gedachten Zwecke hierher begeben soll. Es ist zu hoffen, daß dieselbe dem Unfug der Beamten ein Ende machen wird, welche die aufgeworfenen Summen nicht zum Bau neuer Chaußeen und Verbesserung der alten verwenden, sondern das Geld lieber in die eigenen Taschen stecken lassen.

Salz-Produktion und Konsumtion des Großherzogthums Posen im Vorjahre.

Die Provinz Posen besitzt nur eine Staatsfalme im Hauptamte bezirke Stralsow, in welcher das Salz durch Einleiden der gesättigten Soole hergestellt wird. Die produzierte Salzmenge betrug im Vorjahre 189 936 Ztr. Siebelsalz; davon wurden veräußert 40 274 Ztr. mit 80,46 Thaler (61 Thaler wurden für, auf private Rechnung abgelassenes Salz freigeschrieben) denaturirt für 37 436 Ztr., nach dem deutlichen Zollgebiete wurden versendet 44 653 Ztr. und nach dem Zollausland 66 571 Ztr. (Rußland). An weiteren Produkten wurden noch gewonnen 92 Ztr. Mutterlauge un) 7536 Ztr. Pfannenstein, von welchem 1272 Ztr. denaturirt und 1951 Ztr. unbenaturirt zur Verwendung kamen. Das Salzwerk im Großherzogthum datirt aus neuerer Zeit denn das Erzuzugniß an Salz-Produkten aller Art betrug im Jahre 1872 nur 121 Zentner, 1873: 18 252 Zentner un) 1874: 197 564 Zentner. — In 1875 sind nach obgeschriebener Schätzung und über 300 000 Ztr. Salzprodukte gewonnen worden. Außer der oben nachgemelten Produktion von 197 564 Ztr. betrug die nachweisbare Salzbezug auf 451 237 Ztr., so daß der Bezug un) Speisestoffe pro Kopf der Bevölkerung betrug sich in den drei letzten Jahren durchschnittlich auf 15,3 Pfund, was eine Steuerquote von 9 Sar gleichkommt. — Im verflossenen Jahre hat sich im Großherzogthum der Salzbezug auf 10 660 und die Salzsteuer auf 689 698 Thlr. gesteigert. Was den Salzhandel betrifft, so gewährt der Staat dem ein großes Maß an mehrfachen Begünstigungen, die darin bestehen, daß ein 3 monatlicher Zoll und Steuerkredit gewährt wird, welche den Salzhand der Nothwendigkeit überhebt, die Steuer längere Zeit vor der wirklichen Verbrauch des Salzes vorzuschicken; außerdem ist die Richtung unvollzollter Salziederlagen gestatt. Die Provinz Posen läßt im Vorjahre 63 Kreditnehmer mit einer Kreditnahme von 312 250 Thlr. Der Verkaufspreis des Salzes und des sich im Detailhandel in den letzten Jahren nicht verändert und betrug sich auf 1 Sar pro Pfund. — Hinsichtlich der Verwendung von Salz zu steuerfreien Zwecken ist zu bemerken, daß an 2179 Empfänger 37 413 Ztr. Siebelsalz und 3235 Ztr. Pfannenstein abgegeben worden sind. Ferner hat ein Seifen britant 100 Ztr. Pfannenstein, 3 Oelfabriken 10 Ztr. Siebelsalz und 200 Ztr. Stenalsalz und 100 Ztr. Pfannenstein bezogen und sind außerdem noch 10 Ztr. Pfannenstein zu Abfertigung steuerfrei abgelassen worden.

